

Wissenschaft macht Politik

Beschädigt sie sich damit?

| JÜRGEN KOCKA | Mit der Verortung im „Elfenbeinturm“ wurde die Wissenschaft gerne als ein System beschrieben, das sich den Auseinandersetzungen mit der Politik und einer pointierten Meinung in den Medien nach Möglichkeit entzieht. Dabei hat die Wissenschaft den Schritt aus dem „Elfenbeinturm“ heraus in die Gesellschaft längst vollzogen. Ist das zunehmende politische Engagement der Wissenschaft hilfreich oder verliert sie dadurch an Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit?

Wissenschaft macht Politik. Jedenfalls der öffentliche Einfluss der Wissenschaft auf die Politik hat zugenommen. Das mag daran liegen, dass es immer mehr Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen gibt; dass sie heute mehr Lust zum außerwissenschaftlichen Engagement haben als früher; dass angesichts verbreiteter Ratlosigkeit die mediale Nachfrage nach wissenschaftlicher Kompetenz steigt; oder weil Politikbereiche nach vorn gerückt sind, in denen es ohne Wissenschaft wirklich nicht geht, etwa der Kampf gegen Erderwärmung, der Umgang mit der Digitalisierung oder die Politik der sozialen Sicherungssysteme.

Es ist gut, Wissenschaft nicht nur im Elfenbeinturm zu betreiben. Die zunehmende Komplexität der Verhältnisse braucht wissenschaftlichen Sachverstand. Es gehört zum aufklärerischen Selbstverständnis der Wissenschaft, in der Öffentlichkeit zu wirken. Die Gesellschaft hat ein Recht, von der Wis-

senschaft, die sie fördert, etwas zurück zu bekommen. Das zunehmende Engagement der Wissenschaft ist Teil einer tiefgreifenden Demokratisierung des öffentlichen Lebens, die in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat, vor allem durch den Aufstieg der Zivilgesellschaft, zu der die Wissenschaft teilweise gehört. Aber bei aller Genugtuung über den Trend sind einige kritische Überlegungen angebracht.

Fehlende Legitimation

Zunächst ist vor Selbstüberschätzung zu warnen. Einerseits sollte klar sein: Die Formulierung politischer Ziele für das Gemeinwesen ist die Sache demokratischer Politik. Wissenschaft hat dazu keine Legitimation. Andererseits sind wir weit von einer wirklichen Verwissenschaftlichung der Politik entfernt. Zentrale Entscheidungen werden gegen den Rat aus der Wissenschaft durchgesetzt: der abrupte Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland, der Brexit, die Zerstörung des Freihandels durch Trump. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse über Erderwärmung, ihre Ursachen und Folgen liegen seit langem vor. Zur Umweltbewegung wurden sie erst aufgrund nicht-wissenschaftlicher Anstöße. Schließlich: Wissenschaftler sind sich selten einig.

Je stärker sich Wissenschaft politisch einmischt, desto mehr wird ihre Autonomie zum Ziel politischer Angriffe. In Ungarn ist das zu beobachten. In Deutschland ist Wissenschaftsverach-

tung auf rechte Randgruppen beschränkt. Dass sie in der AfD eine Rolle spielt, zeigt, dass diese Partei eben keine ganz bürgerliche ist, denn zur Bürgerlichkeit gehört seit jeher der Respekt für Wissenschaft. Aber auch hierzulande gerät Wissenschaft leicht unter Druck, wenn sie sich nah an die Kämpfe der Politik heranwagt. Ein Berliner Beispiel: Der international hoch angesehene Judaist Peter Schäfer leitete das Jüdische Museum erfolgreich, orientiert an wissenschaftsnahen Prinzipien, auch als Ort pluraler und kritischer Diskussion. Nach identitätspolitischen Interventionen, u.a. durch die Regierung Netanjahu, musste er 2019 seinen Platz räumen.

Kern wissenschaftlichen Verhaltens

Was folgt für die Wissenschaft aus ihrer zunehmenden politischen Rolle? Übernimmt, beschädigt sie sich damit? Was sollte geschehen, um dies zu vermeiden? Zum Kern des wissenschaftlichen Verhaltens gehören der Zweifel, die Skepsis, die Selbstkritik. Als Produzent wissenschaftlicher Erkenntnisse weiß und betont man, wie begrenzt ihre Aussagekraft häufig ist, wie bestreitbar und relativ, nämlich abhängig von den gewählten Begriffen und Untersuchungsmethoden. Im öffentlichen Interview, beim Verfassen einer Petition oder auf einer Protestaktion ist die Versuchung riesengroß, nicht nur grob zu vereinfachen, sondern sich auch eindeutiger und sicherer zu geben als man ist – im Dienst an der politischen Sache, im Streben nach Sichtbarkeit, in Anpassung an den Stil der Medien. Aber als Wissenschaftler verliert man dadurch an Glaubwürdigkeit. Die wissenschaftliche Rezensionstätigkeit sollte auf die öffentlichen Auslassungen der Kollegen

AUTOR



Professor **Jürgen Kocka** ist emeritierter Professor für Geschichte an der Freien Universität Berlin und ehemaliger Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB).

und Kolleginnen ausgedehnt werden.

Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen haben oft starke politische Überzeugungen, heute – anders als früher – meist eher links von der Mitte, liberal, progressiv, kosmopolitisch. Es gibt auch in den Sozial- und Geisteswissenschaften das methodische Werkzeug, diese Einstellungen, die man begrüßen mag oder nicht, daran zu hindern, ungefiltert auf Fragen und Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung durchzuschlagen. Unter anderem geschieht dies durch die explizite Offenlegung der eigenen Selektivität und die Anerkennung konkurrierender Ansätze. Aber bei der Umsetzung wissenschaftlicher Einsichten in politische Argumente geht diese Selbstrelativierung oft verloren. Engagement und Wissenschaftlichkeit können sich beißen. Am Beispiel der Armutsdiskussion: Hierzulande gilt als von Armut bedroht, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zum Leben hat. Es gibt Gründe für einen solchen relativen Armutsbegriff, aber man muss wissen, dass er in wohlhabenden Gesellschaften wie der unseren äußerst wenig aussagt über Not, Entbehrung und Verelendung, sondern ein Ungleichheitsmaß ist. Wir könnten alle ohne Ausnahme dreimal so viel verdienen wie jetzt, die Armutsquote – nach dieser Methode um die 15 Prozent – würde dadurch nicht verändert, solange die Verteilung gleichbliebe. Es gibt andere, existentiellere Armutsbegriffe, die mehr über Entbehrung, Leiden und Verletzung der Menschenwürde aussagen. Wenn man sie benutzte, wäre hierzulande die messbare Armut um ein Vielfaches geringer. Solche Implikationen des Armutsbegriffs muss man bedenken und aussprechen, wenn man als Wissenschaftler öffentlich über Armut diskutiert. Tut man es nicht, wird man leicht vom Wissenschaftler zum Propagandisten. Ähnliches ließe sich an den öffentlichen Debatten über die angeblich wegbrechende „Mitte“ unserer Gesellschaft und manche andere Diskussion zeigen. Die wissenschaftlichen Akteure und Einrichtungen gehen unterschiedlich lasch mit solchen Regelverletzungen um. Die innerwissenschaftliche Kritik an ihnen ist schwach entwickelt. Am besten funktioniert sie in Akademien wie der Leopoldina und der BBAW, die Gesellschafts- und Politikberatung als Aufgabe wahrnehmen

und hierzu penible Verfahren entwickelt haben.

Engagement durch Distanz

Die Verteidigung der Prinzipien von Wissenschaftlichkeit in Absetzung von der Logik der Medien und des politischen Kampfs liegt nicht nur im Interesse der Wissenschaften und ihrer Integrität, sondern auch im Interesse von Gesellschaft und Politik. Wir erleben derzeit einen tiefgreifenden Struk-

»Steile Thesen sind gefragt, Übertreibung wird normal, verbreitete Unsicherheit ist die Folge.«

turwandel der Öffentlichkeit. Es liegt an der harten Konkurrenz der Medien um Aufmerksamkeit, an der Digitalisierung, aber auch am Wandel verbreiteter Mentalitäten, Ansprüche und Selbstdarstellungsformen, dass die Zuspitzung und Segmentierung der öffentlichen Diskurse, die Emotionalisierung und Empörungsbereitschaft der Gesellschaft wie auch die Individualisierung und Fragmentierung der Politik erheblich zunehmen. Rationale Diskussion und

Kompromissbildung werden schwieriger, die Verständigungsfähigkeit nimmt ab. Steile Thesen sind gefragt, Übertreibung wird normal, verbreitete Unsicherheit ist die Folge. Es gehört seit jeher zur gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaften, speziell der Geistes- und Sozialwissenschaften, aufzuklären, zu kritisieren und Möglichkeitsräume zu erweitern. Aber jetzt wird zusätzlich wichtig: Wissenschaftler müssen helfen, Distanz vom heiß laufenden politischen Betrieb zu schaffen, zu differenzieren, Grautönen zwischen Schwarz und Weiß zu ihrem Recht zu verhelfen, mit Augenmaß und Sinn für Proportion abzuwägen, und zwar öffentlich. Das können sie aber nur, wenn sie ihre besondere Logik, ihre Autonomie und ihre Zurückhaltung bewahren, statt sich den Verfahren der Lebensgebiete anzupassen, die sie zu beraten, zu kommentieren und zu kritisieren haben.

Dieser Text erschien zuerst im Tagesspiegel Nr. 23957 vom 26. September 2019 (Wissen&Forschen, Seite 24) als Auftakt zu einer Debatte über Wissenschaft und politische Verantwortung.

Lösung zu Enigma S. 183

Enigma puzzle grid with letters and numbers. The top row contains the letters F, R, I, E, D, R, I, C, H, N, I, E, T, Z, S, C, H, E. The grid below is a 15x15 grid of letters and numbers, representing a cryptogram solution.